

29.06.2022

**Dezernat 5 - Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Abfallwirtschaft
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft**

**Feststellung des Jahresabschlusses 2021 mit Lagebericht für den Eigenbetrieb
Abfallwirtschaft; Behandlung des Jahresgewinns 2021**

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Kreistag	20.07.2022	öffentlich	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft gemäß Ziffer I. Nr. 1 bis 3 (Seiten 1/2 des Jahresabschlusses) fest und beschließt, den handelsrechtlichen Jahresgewinn in Höhe von 2.595.341,43 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Sachverhalt:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Waldshut für das Wirtschaftsjahr 2021 wurde vom Kreistag in der Sitzung am 09.12.2020 beschlossen. Eine Änderung des Wirtschaftsplanes nach § 15 Eigenbetriebsgesetz erfolgte nicht.

Erläuterungen zum Ergebnis 2021

Der Erfolgsplan 2021 schloss mit Erträgen in Höhe von 22.961.700,00 €, denen Aufwendungen in Höhe von 21.629.214,00 € gegenüberstanden. Geplant war ein Jahresgewinn in Höhe von 1.332.486,00 €. Die Erträge des Wirtschaftsjahres 2021 in Höhe von 23.912.892,35 € überschreiten den Plan tatsächlich um 951.192,35 €, wohingegen die geplanten Aufwendungen um 311.663,08 € unter dem geplanten Ergebnis bleiben. Somit kommt es zu einem handelsrechtlichen Jahresgewinn für das Wirtschaftsjahr 2021 in Höhe von 2.595.341,43 €.

Nicht berücksichtigt ist die Kostenunterdeckung aus den Vorjahren 2015-2016 und 2019, welche in der Gesamtschau mit dem Abschluss des Gebührenkalkulationszeitraums 2021/2022 Anrechnung finden wird.

Das Jahresergebnis 2021 setzt sich aus den Betriebszweigen „Kommunale Abfallentsorgung“ mit einem Überschuss in Höhe von 2.519.894,56 € und einem Überschuss in Höhe von 75.446,87 € beim „Betrieb gewerblicher Art (BgA) Wertstoffe“ zusammen (siehe Erfolgsübersicht 2021 in Anhang V. Ziffer 3). Die Ergebnisse der kommunalen Abfallentsorgung und des BgA Wertstoffe sind zusammengefasst zu betrachten. Die Trennung in zwei Betriebszweige hat keinen betrieblichen Hintergrund, sondern erfolgt aus rein steuerlichen Gründen.

Abweichungen vom Planansatz für das Wirtschaftsjahr 2021 zeigen sich in verschiedenen Positionen.

Aufgrund der zweijährigen Gebührenkalkulation für die Jahre 2021 und 2022 wurde für 2021 mit Erträgen aus Hausmüllgebühren und Müllsackverkäufen von insgesamt 16.200.000,00 € gerechnet. Tatsächlich vereinnahmt wurden insgesamt 16.311.351,63 €.

Auch die Deponiegebühren (Direktanlieferungen Dep. Lachengraben, Regionales Annahmезentrum Münchingen sowie Erdaushubdeponie Münchingen DK 0) übersteigen erneut den Planansatz (Plan: 2.730.000,00 €) deutlich und schließen mit Erträgen in Höhe von insgesamt 3.158.341,15 € ab. Damit übersteigen sie den Planansatz um 428.341,15 €. Die Grünabfallkompostierungsanlage Küssaberg erzielt Erträge in Höhe von 451.420,55 € und liegt damit 51.420,55 € über dem Plan (Ansatz: 400.000,00 €).

Bei unerwartet hohen Marktpreisen können Schrotterlöse in Höhe von 809.304,00 € erreicht werden und liegen damit 409.304,00 € über Plan. Die Erträge aus dem PPK-Geschäft in Höhe von 1.824.142,20 € übersteigen den Plan aufgrund absoluter Rekordpreise im PPK-Segment um 1.474.142,20 €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich insgesamt auf 365.994,56 € und verfehlen den Planansatz in Höhe von 2.080.300,00 € deutlich. Geplant wurde mit Sonder-Erträgen, die sich Ende 2020 für 2021 ankündigten, jedoch im Verlauf des Geschäftsjahres 2021 als Folge steigender Engpässe an verschiedenen Märkten nicht realisiert werden konnten.

Insgesamt waren Aufwendungen von 21.629.214,00 € geplant. Tatsächlich fallen im Wirtschaftsjahr 2021 die Aufwendungen mit 21.317.550,92 € um 311.663,08 € geringer aus.

In Folge der Umstellung auf das neue Müllgebührenveranlagungsprogramm Athos New Line in 2019 wurden in 2021 weiterhin bereinigende bzw. wertberichtigende Maßnahmen der Forderungen aus dem alten Programm Mawis vorgenommen.

Die sich ergebenden außerplanmäßigen Wertberichtigungen im Überblick:

Verluste aus Forderungsabgängen (Niederschlagungen etc.)	89.710 €
Pauschalwertberichtigung (uneinbringliche Forderungen)	133.997 €

erforderliche Stornierungen
Summe:

1.381 €
225.088 €

Der Aufwand für Brenn-, Treib- und Schmierstoffe liegt um 42.396,06 € über dem Ansatz (120.000,00 €). Die Instandhaltung an beweglichen Sachen überschreitet mit Kosten in Höhe von 125.526,20 € infolge vermehrter Reparaturen den Plan um 45.526,20 €. Der Reinigungsaufwand übersteigt im Corona-Jahr 2021 den Plan um 55.451,04 €.

Im Verlauf des „Corona“-Jahres 2021 musste festgestellt werden, dass die Verbrennungsmenge auf vergleichbarem Niveau von 2019 und 2020 blieb. Der Aufwand für thermische Behandlung schließt im Wirtschaftsjahr 2021 mit 3.915.422,46 € ab (Plan: 3.200.000,00 €).

Unter dem Planansatz (1.270.000,00 €) bleiben die Kosten für die Bioabfallvergärung mit 1.218.041,06 €. Die Unternehmerentgelte für die Restmüllabfuhr blieben mit 4.017.748,79 € um 382.251,21 € unter dem Ansatz (4.400.000,00 €).

Die geplanten Unternehmerentgelte für PPK (1.125.000,00 €) werden ebenfalls nicht erreicht (- 153.824,40 €). Unter den Planwerten bleiben auch deutlich die Unternehmerentgelte für Recyclinghöfe (- 42.894,63 €) und die Unternehmerentgelte für Schrottsammlungen (- 38.863,26 €). Die geplanten Zuschüsse an Vereine für PPK-Sammlungen bleiben im Abschluss ebenfalls um 12.657,00 € geringer.

Die Personalausgaben unterschreiten den Planansatz um 307.494,81 €. Ebenso unter dem Planansatz liegen die Ergebnisse der Aufwendungen für Instandhaltung unbeweglich (- 119.489,64 €) sowie die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (- 457.641,14 €), siehe hierzu auch den nachfolgenden Punkt „Investitionen“.

Investitionen

Im Berichtsjahr tätigte der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Investitionen von 564.113,50 € (Plan 2.224.300,00 €).

Der fortgesetzte Bau des neuen Betriebsabschnittes IVa auf der Deponie Lachengraben erforderte ungeplante Haushaltsmittel in Höhe von 64.345,04 €. Der Bauabschluss und die Inbetriebnahme erfolgten Anfang 2021.

Die Neugestaltung Gaserfassung/-verwertung auf der Deponie Tiengen wird 2021 mit Investitionen in Höhe von 85.188,53 € zum Bauabschluss gebracht und aktiviert.

Auf dem Recyclinghof der Grünabfallkompostierungsanlage Küssaberg wurde die Beleuchtungsanlage fertiggestellt und dafür noch 16.846,45 € aufgewendet. Arbeiten an der Containerstandfläche wurden mit 30.318,42 € finanziert. Für Optimierungen der weiteren Recyclinghöfe wurden insgesamt 53.200,56 € investiert.

Die im Bau befindliche Zaunanlage auf der Deponie Lachengraben wurde mit weiteren Investitionen in Höhe von 25.637,83 € fertiggestellt und aktiviert.

Die Bauarbeiten zum Recyclinghof Ühlingen konnten in 2021 beginnen und beanspruchten Finanzmittel in Höhe von bisher 15.886,87 €. Der Recyclinghof wird als Anlage im Bau fortgeführt.

Das interkommunale Projekt „BioReg“ der Landkreise Waldshut und Lörrach zur regionalen Bioabfallverwertung wird als Anlage im Bau geführt und startete mit Finanzierungen in Höhe von 46.578,91 €.

Die Ergänzung der Betriebs- und Geschäftsausstattung in den verschiedenen Bereichen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft (z.B. Elektroinstallation und Funk-Ampelanlagen, Zukauf Blauer Tonnen, Zukauf Bio-Tonnen u.a.) sowie ergänzende Komponenten zur Müllbehälterverwaltungssoftware/Homepage summieren sich auf 226.110,89 €.

Die Vorhaben auf der Deponie Tiengen (Neufassung Tugoquelle), auf der Deponie Lottstetten (Neugestaltung Gaserfassung/-verwertung, Bohrung neuer Grundwasserspiegel), auf der Erddeponie DK0 Höchenschwand-Attlisberg (Herstellung Betriebsabschnitt II) sowie der Neubau des Recyclinghofs Wehr wurden zurückgestellt, die Ausschreibung zur Errichtung der Pumpleitung auf dem Regionalen Annahmезentrum (RAZ) Münchingen wurde per Kreistagsbeschluss aufgehoben.

Schuldenstand

Im Jahr 2021 wurde ein neuer Kredit in Höhe von 2.220.000,00 € aufgenommen. Infolge der Kreditaufnahme abzüglich ordentlicher Tilgungsleistungen sind die Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten von 413.625,12 € auf 2.112.221,91 € angestiegen.

Personalentwicklung

Im Eigenbetrieb Abfallwirtschaft waren im Jahr 2021 unter Berücksichtigung des Personalwechsels und Corona-bedingter Personalausfälle im Durchschnitt 34,5 Stellen besetzt, davon 2,6 Beamte und 31,9 Beschäftigte. Der Personalaufwand beläuft sich auf 2.284.505,19 €. Der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtkosten beläuft sich damit auf 10,72 %.

Eigenkapital

Der handelsrechtliche Verlustvortrag beträgt zum 01.01.2021 insgesamt 742.451,64 €. Als Jahresergebnis ist der handelsrechtliche Gewinn von 2.595.341,43 € ausgewiesen. Das Eigenkapital verändert sich somit von - 742.451,64 € (per 01.01.2021) auf 1.852.889,79 € (per 31.12.2021).

Rückstellungen

Wie von der GPA gefordert, sind die Rückstellungen für Deponienachsorgekosten in der Höhe zu bilanzieren, die den tatsächlichen Nachsorgeverpflichtungen entsprechen. Die Rückstellungen für Deponienachsorgekosten Stand 31.12.2021 betragen 50.461.561,14 €. Berücksichtigt ist die Verzinsung der Rückstellungen mit einem Betrag von 241.002,96 €.

Die aus 2020 resultierende Rückstellung aus Kostenüberdeckung beläuft sich auf 101.616,77 €. An sonstigen Rückstellungen werden insgesamt 75.214,35 € gebildet (siehe hierzu auch Anhang V).

Gebührenrechtliches Ergebnis

Das Jahresergebnis nach Handelsrecht ist nicht identisch mit einer eventuell entstehenden Kostenüber- oder Kostenunterdeckung nach Gebührenrecht. Maßgeblich für die Ermittlung einer Kostenüber- oder -unterdeckung ist der Bemessungszeitraum. Bei der zweijährigen Gebührekalkulation für die Jahre 2021 und 2022 kann erst nach Abschluss des Geschäftsjahres 2022 für den Bemessungszeitraum 2021/2022 eine entsprechende Kostendeckung ermittelt werden.

Ein gebührenrechtliches Ergebnis für das Wirtschaftsjahr 2021 ergibt sich somit nicht.

Der Ausschuss für Technik, Umwelt und Verkehr hat den Jahresabschluss 2021 in seiner Sitzung am 29.06.2022 vorberaten und empfiehlt dem Kreistag einstimmig, den Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft gemäß Ziffer I. Nr. 1 bis 3 (Seiten 1/2 des Jahresabschlusses) festzustellen und zu beschließen, den handelsrechtlichen Jahresgewinn in Höhe von 2.595.341,43 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Dr. Martin Kistler
Landrat